

Armut, Arbeitslosigkeit und Ausbildungslosigkeit von jungen Erwachsenen – anerkennungstheoretische Skizzen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

Politischer Auftakt

Deutschland im Februar 2010: Nachdem der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts die Regelleistungen nach SGB II – das so genannte Hartz IV-Gesetz – nach einem Urteil vom 9. Februar 2010 unter dem Vorsitz des Präsidenten Hans-Jürgen Papier einstimmig für verfassungswidrig erklärt und die Bundesregierung in die Pflicht genommen hat, bis zum 31. Dezember 2010 eine Neuregelung zu treffen (vgl. BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010), bricht zwei Tage später eine politische Debatte über die Bundesrepublik Deutschland herein. Diese wird durch den FDP-Parteivorsitzenden Guido Westerwelle eröffnet, der in einem Gastbeitrag für die Tageszeitung „Die Welt“ vom 11. Februar 2010 nochmals den Kern der „geistig-politischen Wende“ skizziert, die er bereits auf der Dreikönigskundgebung seiner Partei in Stuttgart am 06. Januar 2010 gefordert hatte. Westerwelle behauptet, dass die Diskussion um das Urteil des Bundesverfassungsgerichts „sozialistische Züge“ trage. Es gehe in der sozialpolitischen Debatte ausschließlich um die Frage, wer mehr staatliche Leistungen bekommen müsse. Dagegen werde überhaupt nicht thematisiert, wer diese staatlichen Leistungen erwirtschaftet und somit letztlich den Sozialstaat finanziere. „Es scheint“ – so Westerwelle in seinem Beitrag – „in Deutschland nur noch Bezieher von Steuergeld zu geben, aber niemanden, der das alles erarbeitet. Empfänger sind in aller Munde, doch die, die alles bezahlen, finden kaum Beachtung.“ Der Sozialstaat verstoße gegen das Gebot der Leistungsgerechtigkeit, wenn Bürger für ihre Erwerbsarbeit weniger verdienen, als wenn sie die Regelsätze von Hartz-IV bezögen. Damit werde insbesondere die deutsche Mittelschicht missachtet. Und weiter: „Die Missachtung der Mitte hat System, und sie ist brandgefährlich. Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein.

Während der FDP-Parteivorsitzende Guido Westerwelle in dem Bezug der Regelsätze von Hartz-IV anscheinend einen „anstrengungslosen Wohlstand“ versteht, stellt das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil fest, dass die Vorschriften „des SGB II, die die Regelleistung für Erwachsene und Kinder betreffen, nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG erfüllen.“ Westerwelle schürt offensichtlich Ressentiments bei den sozial Inkludierten, die sich gegen die überbordenden sozialstaatlichen Ansprüche der Menschen in Prekarität und der Entkoppelten wenden sollen bzw. er bestreitet implizit die moralische Legitimität der Anspruchsberechtigten an den Wohlfahrtsstaat. Dagegen hält das Bundesverfassungsgericht fest, dass die sozialstaatlichen Leistungen, die im Rahmen des SGB II erbracht werden und die von den Steuerzahlern aufgewendet werden, ein Grundrecht sind. In seinen Leitsätzen zum Urteil des Ersten Senats vom 9. Februar 2010 notieren die Verfassungsrichter: „Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein

Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“ (BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010)

Im Interview mit der „Bild am Sonntag“ legt Westerwelle am 21. Februar rhetorisch nochmals nach und fordert, dass die Gegenleistung für die Unterstützung nach Hartz IV deutlicher hervorgehoben werden müsse. Dabei bezieht er sich insbesondere auf junge Empfänger von Sozialtransfers. „Jeder, der jung und gesund ist und keine Angehörigen zu betreuen hat, muss zumutbare Arbeiten annehmen – sei es in Form von gemeinnütziger Arbeit, sei es im Berufsleben, sei es in Form von Weiterbildung. Wer sich dem verweigert, dem müssen die Mittel gekürzt werden. Umgekehrt erwarte ich von unserer Sozialstaatsverwaltung, dass sie jedem jungen Menschen auch ein Angebot macht.“ Auf die Frage, ob zu den zumutbaren Arbeiten bzw. gemeinnützigen Arbeiten auch Schneeschippen gehören, antwortet Westerwelle: „Warum denn nicht? Nehmen Sie Berlin, eine Stadt mit einem hohen Anteil von Sozialleistungsempfängern. Hier liegt seit Wochen Eis und Schnee auf den Bürgersteigen. Viele ältere Menschen trauen sich schon gar nicht mehr aus dem Haus, weil sie Angst haben müssen, zu stürzen und sich was zu brechen. Da könnte die Stadt doch junge Sozialempfänger zum Räumen der Bürgersteige einsetzen. So praktisch ist das Leben. Doch weite Teile der Politik haben sich davon entfernt.“ Unabhängig davon, ob dieser Vorschlag in der vorgebrachten Form tatsächlich praktikabel ist, bleibt angesichts der Rechtslage zuallererst festzustellen, dass das SGB II prinzipiell festschreibt, dass „dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen jede Arbeit zumutbar“ (§ 10, SGB II) ist. Zudem kann Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit abgesenkt werden bzw. wegfallen (vgl. § 31, SGB II). Insofern stellt sich die Frage, ob der Parteivorsitzende der Freidemokraten hier nicht eine Debatte angestoßen hat, die an der Realität des geltenden Sozialrechts vorbeigeht (vgl. Bohmeyer 2008a). Zudem: ist der Missbrauch von Sozialleistungen tatsächlich das dringendste Problem des Sozialstaats? Die Bundesagentur für Arbeit hält den Missbrauch für gering; so lag die Zahl der eingeleiteten Straf- und Bußgeldverfahren gegen Hartz-IV-Empfänger 2009 bei knapp 165.000 Fällen, während im Jahresdurchschnitt etwa 6,5 Millionen Menschen Anspruch auf die Grundsicherung nach SGB II hatten. Auf diese Gesamtzahl bezogen lag die Missbrauchsquote nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit unter zwei Prozent.

Im Zusammenhang der eröffneten Sozialstaatsdebatte werden die eigentlichen Fragen nicht gestellt (und somit auch nicht beantwortet), die von der Perspektive der betroffenen Menschen her denken, ihre Lebenswirklichkeit in den Blick nehmen. Von hier aus sind Lösungen zu entwickeln, die der dauerhaften gesellschaftlichen Exklusion durch Armut, Ausbildungslosigkeit und Arbeitslosigkeit entgegenwirken.

Jugendarmut – empirische Befunde

In seinen Einlassungen hebt Guido Westerwelle insbesondere junge Empfänger von Sozialtransfers hervor. Er konzentriert sich stark auf denjenigen Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – unter die Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren gefasst werden – der zwischen 15 und 25 Jahre alt ist. Betrachtet man nun die aktuellen empirischen Befunde der Armutsforschung, so sprechen diese eine deutliche Sprache: Etwa 14 Prozent der Gesamtbevölkerung – das sind rund 11,5 Millionen Men-

schen – hatten 2008 so wenig Einkommen zur Verfügung, dass sie unter der von der Europäischen Union definierten Armutsrisikoschwelle lagen (vgl. Grabka/Frick 2010). Die Armutsrisikoquote spiegelt die materielle Armut in einem Land wider und gibt den Anteil der Bevölkerung an. Beträgt das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen einer Person unter 60 Prozent des statistischen Mittelwertes in der Gesellschaft, dann unterschreitet diese Person die Armutsrisikoschwelle und gilt als arm. Im Sinne dieser Definition materieller Einkommensarmut fallen ausgeprägte regionale Unterschiede ins Auge: Während die Armutsquote in Westdeutschland bei 12,9 Prozent liegt, beträgt sie in Ostdeutschland 19,5 Prozent. Außerdem fällt auf, dass nicht nur die Armutsrisikoquote der Gesamtbevölkerung in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren deutlich – insgesamt um 3,5 Prozentpunkte – angestiegen ist, sondern dass insbesondere Kinder, Jugendliche und jungen Erwachsene stärker als andere Bevölkerungsgruppen von Armut betroffen sind. Fokussiert man insbesondere die Armut unter jungen Erwachsenen, so ist festzuhalten, dass 2008 knapp ein Viertel der jungen Erwachsenen in einem Alter zwischen 19 und 25 Jahren über kein Haushaltseinkommen oberhalb der Armutsschwelle verfügen. Damit weisen junge Erwachsene das höchste Armutsrisiko aller Altersgruppen auf, gleich gefolgt von Kindern und Jugendlichen zwischen dem 13. und 18. Lebensjahr mit etwa 21 Prozent. Dagegen liegt das geringste Risiko der Einkommensarmut mit circa 11 Prozent bei Erwachsenen im Alter von 46 bis 55 Jahren (vgl. Grabka/Frick 2010, S. 6). Zugleich ist die Gruppe der jungen Erwachsenen im Alter von 19 bis 25 Jahren in den letzten zehn Jahren um sechs Prozentpunkte angewachsen und hat damit unter allen Bevölkerungsgruppen den größten Zuwachs zu verzeichnen. Dafür werden drei Gründe verantwortlich gemacht: „Erstens haben die Dauer der Schul- und Berufsausbildung sowie der Anteil der Hochschulabsolventen an den jeweiligen Altersjahrgängen zugenommen, was den Eintritt in den Arbeitsmarkt und die Erzielung von Erwerbseinkommen verzögert. Zweitens erfolgt der Einstieg in den Arbeitsmarkt bei Vielen über prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder schlecht bezahlte Praktika (Generation Praktikum). Drittens gibt es einen Trend zur früheren Abspaltung vom elterlichen Haushalt, das heißt innerhalb der Gruppe der jungen Erwachsenen finden sich zunehmend Ein-Personen- und Alleinerziehenden-Haushalte. Deren Bevölkerungsanteil hat gegenüber 1998 um gut sieben Prozentpunkte zugenommen. Die Armutsquote unter allein lebenden jungen Erwachsenen lag 2008 bei über 65 Prozent.“ (Grabka/Frick 2010, S. 6–7) Junge Erwachsene sind also immer dann besonders stark von Armut bedroht, wenn sie kein oder nur ein niedriges Erwerbseinkommen haben und alleine leben bzw. allein erziehend sind.

Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungslosigkeit – empirische Befunde

Einer der Hauptgründe von Armut unter Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit. Neben älteren Erwerbsfähigen, Frauen sowie Migranten gehören Jugendliche zu den Risikogruppen auf dem Arbeitsmarkt und sind überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Hinzu kommt die Zunahme schlecht entlohnter Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Dörre 2006 und Bohmeyer 2008b). Mit Blick auf Europa lässt sich festhalten, dass die Arbeitslosenquote in der EU infolge der Wirtschaftskrise seit 2008 insgesamt, insbesondere aber unter Jugendlichen angestiegen ist. Dieser Trend hält an: „Im ersten Quartal 2009 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der EU27 für die 15- bis 24-Jährigen bei 18,3% und war damit deutlich höher als die Gesamtarbeitslosenquote von 8,2%.“ (Eurostat 2009, S. 1). Dabei schneidet die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den anderen EU27-Ländern gut ab, da

der Zuwachs hier sehr gering ausfiel. Die höchsten Anstiege der Jugendarbeitslosenquote wurden in den baltischen Staaten verzeichnet. Dennoch ist die Jugendarbeitslosenquote in allen Mitgliedstaaten höher als die Gesamtarbeitslosenquote und der Anstieg ist seit den 1990er Jahren zu beobachten. In Deutschland lag die Jugendarbeitslosenquote im ersten Quartal 2009 bei 10,5 Prozent (das sind 552.000 arbeitslose Jugendliche), während die Gesamtarbeitslosenquote bei 7,4 Prozent lag. Die Niederlande hatten im ersten Quartal 2009 mit 6,0 Prozent die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit, während Spanien mit 33,6 Prozent die höchste Jugendarbeitslosigkeit auszuweisen hat (vgl. Eurostat 2009, S. 2).

Zudem zeigt sich, dass der mangelnde Zugang zu ökonomischem Kapital mit dem mangelnden Zugang zu kulturellem Kapital kumuliert (vgl. Bourdieu 1983). Zwar geht der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit seit Anfang der 1990er Jahre zugleich mit einem Anstieg der Bildungsbeteiligung einher. Hier greifen bildungs- bzw. sozialpolitische Maßnahmen, da es Jugendliche auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ohne Schulabschluss besonders schwer haben. Jedoch lag der Anteil der Jugendlichen, die weder erwerbstätig noch in Ausbildung sind, 2005 in Deutschland bei 11,6 Prozent (vgl. Konle-Seidl/Eichhorst 2008, 25). Eine große Zahl junger Menschen hat weder einen Schulabschluss, noch wird eine qualifizierende Ausbildung abgeschlossen. Diese Gruppe hat einen besonders prekären Status, weil die Arbeitslosigkeit mit Ausbildungslosigkeit verknüpft ist. „Im Vergleich zu qualifizierten Personen, die ursächlich infolge arbeitsmarktstruktureller Veränderungen überflüssig geworden sind, beginnt die Problemgeschichte der Ausbildungslosen jedoch nicht erst auf dem Arbeitsmarkt, sondern mindestens im Ausbildungssystem – wie der Terminus „ausbildungslos“ bereits beinhaltet –, wenn nicht gar bereits in der Kindheit und Schulzeit.“ (Solga 2006, 124) In solchen Fällen der Ausbildungslosigkeit ist die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt oftmals auf Dauer gestellt. Das war historisch nicht immer so: Zwar hat es immer schon gering qualifizierte bzw. ungelernete Arbeitskräfte gegeben, deren Inklusion in den Arbeitsmarkt oftmals nicht ohne Probleme erfolgt ist, aber seit den 1970er Jahren wurden sie zunehmend vom Arbeitsmarkt verdrängt, so dass heute Ausbildungslosigkeit eigentlich immer mit Arbeitslosigkeit oder mit der permanenten Gefahr arbeitslos zu werden, verknüpft ist. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, „dass die Benachteiligung von Ausbildungslosen auf dem Arbeitsmarkt im Wesen kein neues soziales Problem darstellt, sondern die derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen radikalieren die Risiken von Ausbildungslosen als eine zu allen Zeiten benachteiligte Personengruppe.“ (Solga 2006, 125) Allerdings hat sich die Gruppe der Ausbildungslosen über die Jahre hinweg verändert, wobei die Veränderung sowohl die Gruppengröße, die Zusammensetzung, die individuellen Bildungsbiografien wie auch die öffentliche Wahrnehmung umfasst (vgl. Solga 2006, 131; vgl. auch Solga 2003). In der Regel haben die Ausbildungslosen keinen Schulabschluss, sie kommen zu 90 Prozent aus Haupt- und Sonderschulen. Im bildungstheoretischen Kontext ist hier von *absoluter Bildungsarmut* zu sprechen, da die Ausbildungslosen keine qualifizierten Zertifikate aufweisen können (vgl. dazu Allmendinger/Leibfried 2003).

Arbeitslosigkeit, Ausbildungslosigkeit und soziale Anerkennung

In der sozialwissenschaftlichen bzw. sozialetischen Forschung spricht man bei ausbildungslosen wie auch bei arbeitslosen Jugendlichen von der Gruppe der „Überflüssigen“. Es handelt sich um eine radi-

kale Überflüssigkeit, da es sich um eine übergreifende soziale Ausgrenzung und nicht bloß um die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt geht (vgl. Bude/Willisch 2006; vgl. auch Bohmeyer 2010). Die Ausgegrenzten sind ein Teil der Gesellschaft, an der sie nicht teilhaben (vgl. dagegen zum systemtheoretischen Verständnis von Exklusion Bohmeyer 2009). Die hier diagnostizierte gesellschaftliche Exklusion meint nicht nur Unterprivilegierung, Armut und soziale Ungleichheit, sondern es handelt sich um die soziale Ausgrenzung von Menschen aus den dominanten Anerkennungszusammenhängen bzw. gesellschaftlichen Zugehörigkeitskontexten, die bei den Betroffenen eine existenzielle Überflüssigkeit bzw. Anteilslosigkeit hervorrufen. Denn das anthropologisch fundierte Bedürfnis nach sozialer Anerkennung wird nicht befriedigt. Die Individuierung eines jeden Menschen ist als eine gestufte Einbindung in wechselseitige Formen sozialer Anerkennung zu verstehen. Der normative Ausgangspunkt der anerkennungstheoretischen Lesart der menschlichen Existenz liegt darin, dass Subjekte in den unterschiedlichen Anerkennungssphären an den historisch gewachsenen Anerkennungsformen teilhaben müssen, um so die unterschiedlichen Formen der praktischen Selbstbeziehung durchlaufen zu können. Geschieht das nicht, wird die Teilhabe an den gesellschaftlich relevanten Anerkennungsformen vorenthalten, dann kann die persönliche Integrität der Subjekte – die notwendig und unhintergebar auf Formen der sozialen Anerkennung verwiesen ist – beschädigt werden (vgl. Honneth 2003).

In der modernen Arbeitsgesellschaft werden im Kontext der Teilhabe an der gesellschaftlich relevanten Arbeit die unterschiedlichen Fähigkeiten und Eigenschaften des Einzelnen angesprochen und somit seine Selbstschätzung gestärkt (vgl. Bohmeyer 2005). In modernen Gesellschaften dient die Arbeit nicht ausschließlich der bloßen Existenzsicherung, sondern es geht vielmehr auch um eine gesellschaftliche Inklusion mittels sozialer Anerkennung (vgl. Bohmeyer 2007). Die Teilhabe an der gesellschaftlich geteilten Anerkennungsform der Arbeit ist die notwendige Bedingung der Möglichkeit, damit sich das Subjekt selber schätzen kann. Diese Selbstschätzung hängt in modernen Arbeitsgesellschaften im Wesentlichen davon ab, dass eine gesellschaftlich wertvolle Arbeit erfahren werden kann. Deshalb sind prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit für Betroffene mit Missachtungserfahrungen verbunden, die nicht ausschließlich auf der Ebene fehlender eigenständiger Subsistenzsicherung anzusiedeln sind. Die Folgen von Arbeitslosigkeit und schlecht entlohnter Tätigkeiten erschöpfen sich nicht in materiellem Mangel bzw. materieller Unsicherheit, sondern damit geht eine weitergehende soziale Stigmatisierung einher. Die soziale Teilhabe an der gesellschaftlichen Reproduktion bzw. am gesellschaftlichen Leistungsaustausch ist nicht oder nur ungenügend sichergestellt, damit sind die Subjekte von einer wichtigen Form der Vergesellschaftung abgeschnitten. Wenn der Zugang zur Teilhabe an gesellschaftlich wertvoller Arbeit bereits früh verstellt ist (beispielsweise durch Ausbildungslosigkeit), dann macht sich auch früh eine fatalistische Haltung breit bzw. eine solche Haltung wird wahrscheinlicher.

Ob aus der anerkennungstheoretischen Lesart der Bedeutung der Erwerbsarbeit ein Recht auf Arbeit abzuleiten ist, ist umstritten. Eine andere Möglichkeit wäre auch, auf andere Formen der sozialen Anerkennung auszuweichen. Allerdings ist festzuhalten, dass in der Arbeitsgesellschaft von den Arbeitsbürgern – und damit auch von den Jugendlichen – erwartet wird, dass diese ihr Leben im Rahmen einer Normalerwerbsbiografie auf dem ersten Arbeitsmarkt organisieren. Dieser Anerkennungserwar-

tung kann aber aufgrund einer strukturell verfestigten Massenarbeitslosigkeit individuell nicht ohne Weiteres entsprochen werden. Mitunter ist der Zugang zum Arbeitsmarkt trotz entsprechender individueller Qualifikationen und Bemühungen verwehrt. Deshalb muss im Rahmen eines kapitalistisch organisierten Arbeitsmarktes ein Minimum der Teilhabe sichergestellt werden, das anscheinend nicht durch das freie Spiel der Kräfte ermöglicht werden kann. Denn auch der kapitalistisch organisierte Arbeitsmarkt bzw. der marktwirtschaftliche Leistungsaustausch leben von Voraussetzungen, die sie selber nicht herstellen können. Die kapitalistische Arbeitsorganisation ist normativ aufgeladen und in moralische Normen eingebettet (vgl. Honneth 2008).

Literatur

Allmendinger, Jutta/Leibfried, Stephan (2003): Bildungsarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21–22, S. 12–18.

Bohmeyer, Axel (2010): Arbeit, Prekarität und Anerkennung – sozialetische Betrachtungen, in: Braune-Krickau, Tobias/Ellinger, Stephan (Hrsg.): Handbuch für Diakonische Jugendarbeit, im Erscheinen.

Bohmeyer, Axel (2009): Inklusion und Exklusion in systemtheoretischer Perspektive. Ausleuchtung eines soziologischen Theoriedesign im Kontext des Erziehungssystems, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 50. Band, S. 63–88.

Bohmeyer, Axel (2008a): Menschenbilder gegenwärtiger Sozialpolitik – eine ethische Analyse, in: ICEPargumente, 4. Jg., 2. Ausgabe (Juli), S. 1–2.

Bohmeyer, Axel (2008b): Arbeitsethos und prekäre Erwerbsarbeitsverhältnisse – sozialdiagnostische und sozialetische Bemerkungen, in: Junge Kirche. Fachzeitschrift für Kinder- und Jugendpastoral, 42. Jg., Nr. 1, 2008, S. 3–6.

Bohmeyer, Axel (2007): Gesellschaftliche Integration im Modus sozialer Anerkennung, in: Eckstein, Christiane/ Filipovic, Alexander/Oostenryck, Klaus (Hrsg.), Beteiligung, Inklusion, Integration. Sozialetische Konzepte für die moderne Gesellschaft, Münster: Aschendorff, 39–52.

Bohmeyer, Axel (2005): Anerkennung und Arbeit, in: Crüwell, Henriette/Jakobi, Tobias/Möhring-Hesse, Matthias (Hrsg.), Arbeit, Arbeit der Kirche und Kirche der Arbeit. Beiträge zur Christlichen Sozialetik der Erwerbsarbeit. Münster: LIT 2005, S. 214–224.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen: Schwartz, S. 183–198.

- Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.) (2006): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008) (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009) (Hrsg.): Sozialbericht 2009, Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o.J.) (Hrsg.): Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Berlin.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2008) (Hrsg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Dörre, Klaus (2006): Prekäre Arbeit und soziale Desintegration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 40–41, S. 7–14.
- Eurostat (2009): Jugendarbeitslosigkeit. Fünf Millionen Jugendliche arbeitslos in der EU27 im ersten Quartal 2009, in: Pressemitteilung 109/2009 (23. Juli 2009), S. 1–3.
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 7/2010.
- Honneth, Axel (2003): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Mit einem neuen Nachwort, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (2008): Arbeit und Anerkennung. Versuch einer Neubestimmung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 56. Jg., Nr. 3, S. 327–341.
- Konle-Seidl, Regina/Eichhorst, Werner (2008): Erwerbslosigkeit, Aktivierung und soziale Ausgrenzung. Deutschland im internationalen Vergleich (Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Solga, Heike (2006): Das Paradox der integrierten Ausgrenzung von gering qualifizierten Jugendlichen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21–22, S. 19–25.
- Solga, Heike (2006): Ausbildungslose und die Radikalisierung ihrer sozialen Ausgrenzung, in: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg: Hamburger Edition, S. 121–146.

Name und Tätigkeiten

Herr Prof. Dr. Axel Bohmeyer ist Professor für Erziehungswissenschaft mit den Schwerpunkten Erziehungsphilosophie, Geschichte und Theorien von Bildung und Erziehung, Pädagogische Anthropologie sowie Bildung und Partizipation an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) und Geschäftsführer des dort angesiedelten Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik (ICEP). Kontakt: bohmeyer@khsb-berlin.de